

Badische Landesbibliothek Karlsruhe

Digitale Sammlung der Badischen Landesbibliothek Karlsruhe

Karlsruher Zeitung. 1784-1933 1907

15.3.1907 (No. 74)

Karlsruher Zeitung.

Freitag, 15. März.

№ 74.

1907.

Expedition: Karl-Friedrich-Str. 14 (Telephonanschluß Nr. 154), woselbst auch die Anzeigen in Empfang genommen werden.
Vorausbezahlung: vierteljährlich 3 M. 50 Pf.; durch die Post im Gebiete der deutschen Postverwaltung, Briefträgergebühr eingerechnet, 3 M. 65 Pf.
Einzugsgebühren: die gespaltene Petitzeile oder deren Raum 25 Pf. Briefe und Gelder frei.
Überlangte Drucksachen und Manuskripte werden nicht zurückgegeben und es wird keinerlei Verpflichtung zu irgendwelcher Vergütung übernommen.

Amtlicher Teil.

Das Ministerium der Justiz, des Kultus und Unterrichts hat unterm 9. März d. J. den Expeditionsassistenten Wilhelm Föhrenbach bei der Staatsanwaltschaft Osnabrück zum Kanzleisekretär bei genannter Staatsanwaltschaft ernannt.

Mit Entschließung Groß. Generaldirektion der Staatsbahnen vom 13. März d. J. wurde Betriebsassistent Armin Kalbe in Doss nach Baden versetzt.

Nicht-Amtlicher Teil.

Parlamentarisches aus Hessen.

Darmstadt, 13. März.

Nachdem die Zweite Kammer die Generaldebatte zum Etat in einem Tage erledigt hat, ist inzwischen in gleich reichem Tempo auch die Spezialberatung gefördert worden, so daß trotz der noch ausstehenden umfangreichen Gehaltsveränderungen bzw. Wohnungsbeschützungsberatung für Volksschullehrer und Staatsbeamte mit der rechtzeitigen Fertigstellung des Staatshaushalts gerechnet werden kann. Die Debatte brachte zum größten Teil alte und neue lokale Wünsche, doch gelangte auch eine Reihe allgemeiner interessierender Gegenstände zur Erörterung. Dahin ist u. a. die Besprechung der Anstellungs- und Gehaltsverhältnisse am Hoftheater zu rechnen, die eine erfreuliche Uebereinstimmung in der Richtung ergab, daß eine bessere soziale Fürsorge für die Angehörigen dieses hervorragenden Kunstinstituts nicht von der Hand zu weisen ist. Es ist sonach zu hoffen, daß eine eventuelle Vorlage der Regierung auf Erhöhung der Billigkeit, aus der das Hoftheater erhalten wird, vom Landtag genehmigt werden wird. Die Sozialdemokraten zeigten bei der Sache wieder ihren zwiespältigen Charakter; sie beteiligten sich zwar eifrig an der Kritik, lehnten aber nachher, wie gewöhnlich, die Billigkeit ab. Die Lehrerfreundschaft der Genossen trat bei der Beratung der indirekten Auflagen ebenso auffällig zutage. Zur Durchführung der Gehaltsveränderung für die vier untersten Lehrerebenen ist die Regierung vor, u. a. auch den Stempel für die Jagdwaffenpässe zu erhöhen. Auch hierbei verjagten die Sozialdemokraten, entgegen allen anderen Parteien ihre Mitwirkung, weil es sich um eine indirekte Steuer handelt. Da der hierfür von ihnen empfohlene Ersatz, Erhöhung der direkten Steuer, wegen der schon jetzt die Nachbarstaaten überstreichenden Höhe der Steuer nicht gangbar ist, kommt dieser sozialdemokratische Standpunkt in der Praxis auf eine Ablehnung der berechtigten Lehrerwünsche hinaus, ganz abgesehen davon, daß eine Verteuerung der Jagdwaffenpässe doch mehr als Luxussteuer, als wie indirekte Steuer anzusehen ist. Bei der Beratung des Kapitels „Landstände“ führte der alte Wunsch wieder, den Abgeordneten möchte unbegrenzte Freifahrt durchs ganze Land gewährt werden. Der Erfüllung dieser Forderung stehen grundsätzliche Bedenken der preussisch-preussischen Gemeinheitsverwaltung entgegen, jedoch ist die Staatsregierung gewillt, im Sinne der Forderung mit dem preussischen Eisenbahnministerium weiter zu verhandeln. Der Antrag der Bauernbündler, die in der Generaldebatte sich über die Verbilligung der Beamten an der Wahltagelation beschwerten, ließ auch den Genossen Maaß nicht schweigen. Er nahm bei der Beratung des Etats des Ministeriums des Innern Veranlassung, sich in beweglichen Maaßen über die Wahltagelation von Beamten zu ergehen, und lieferte so auf neue einen schlüssigen Beweis dafür, wie es mit der unbegrenzten Meinungsfreiheit im berühmten Zukunftsstaat ausfallen würde. Allerdings haben die Beamten, deren Tätigkeit Herr Raab unter Namensnennung beschränkt, die Unklugheit begangen, nichtsozialdemokratische Wahltagelation zu treiben. Im übrigen nahmen in diesem Etat die Erörterungen über sozialpolitische Fragen wieder den breitesten Raum ein und namentlich Zentrum und Sozialdemokratie überboten sich gegenseitig im Erheben neuer und in der Wiederholung alter sozialpolitischer Forderungen. Aus der ausführlichen Antwort, in der der Minister des Innern die 23 ihm vorgetragenen Wünsche und Anregungen einzeln behandelte, sei erwähnt, daß regierungsgewillt an die von einzelnen Parteien gewünschte generelle Uebernahme der

Volksschullasten und der Armenlasten auf den Staat nicht gedacht wird. Auch der „Hauptmann von Köpenick“ kam vor die Kammer, doch konnte der Minister die beruhigende Mitteilung machen, daß bei den in Hessen bestehenden Bestimmungen über die Handhabung der Polizeiaufsicht ein solcher Fall undenkbar sei. Größere politische Bedeutung hat der vom Zentrum angelegte Protest über die Simultanisierung der Volksschule in Seligenstadt. Da der Zentrumsführer Dr. Schmitt eine besondere Erörterung dieses Protestes versprochen hat, ist nach langen Jahren konfessionellen Friedens im Landtag, wie im ganzen Lande, eine erregende kirchenpolitische Debatte zu erwarten. Daß dabei irgend etwas im Sinne der Antragsteller herauskommen werde, ist zweifelhaft. Die Bevölkerung ist, von einem Teil des katholischen Bevölkerungsdrittels abgesehen, mit dem jetzigen simultanen Charakter der Volksschule sehr zufrieden, zumal hierdurch auch in verhältnismäßig kleinen Orten eine Teilung der Schulen nach Altersstufen und damit eine bessere allgemeine Schulbildung möglich ist. Es ist sonach zu erwarten, daß Regierung und Landtagsmehrheit fest bleiben. Unangenehm ist die Erörterung der Angelegenheit für die Abgeordneten des Bauernbundes, denn das Zentrum wird von ihnen bei dieser Sache Unterstützung und Dank erwarten für die Wahlhilfe, die es ihnen bei der letzten Reichstagswahl geleistet hat. — Wie mitunter Klagen an den Haaren herbeigezogen werden, erlahmte man an einem Vorfall, den bei Beratung der Position Gendarmerie der sozialdemokratische Abgeordnete Ulrich besprach. Unter Vorlage von amtlichen Schriftstücken, die ihm nach berühmtem Muster „auf den Tisch geflogen“ waren, kritisierte er die angeblich bestehende Uebung, daß die Gendarmen von ihren Vorgesetzten zur Erhebung möglichst vieler Anzeigen angehalten würden. Der Regierungsvertreter konnte nachweisen, daß die fraglichen Verfügungen noch aus dem vorigen Jahrhundert (1893 und 1895) stammen und keinerlei Gültigkeit mehr besitzen, also auch der jetzigen Verwaltung nicht in die Schuhe geschoben werden können. Die Beratung über das Schulwesen, die in früheren Jahren stets mehrere Tage in Anspruch nahm, ging diesmal ohne Erörterung vor sich, da der Schulspezialist, der sozialdemokratische Abg. Dr. David, nicht amwesend war. Sehr interessant gestaltete sich diesmal die Beratung der Aufwendungen für Landwirtschaftliche Zwecke. Hierbei hatten die antisemitischen Agrarier im Ausschuss die Ablehnung einer seit Jahren bewilligten Summe von 6000 M. für eine Volkshochschule in Lauterbach durchgesetzt, angeblich, weil sie den landwirtschaftlichen Interessen nachteilig sei und der erzielte Erfolg der aufgewendeten Summe nicht entspreche. In der Debatte wurde aber durch den liberalen Abgeordneten für Lauterbach festgestellt, daß die Ablehnung von antisemitischer Seite im Reichstagswahlkampf gewissermaßen als Strafe für die liberalen Lauterbacher bereits angekündigt worden sei. Im Hause aber fand diese seltsame Art, die politischen Gegner befeuern zu wollen, nur die Unterstützung des Zentrums, während die Nationalliberalen und Freisinnigen die 6000 Mark für die Landwirtschaft retteten.

Deutscher Reichstag.

(Ergänzung des telegraphischen Berichts.)

* Berlin, 13. März.

Staatssekretär Nieberding führt aus: Er würde glauben, den Rahmen der Intervention zu überschreiten, wenn er die weiteren von Müller-Meinungen erwähnten Fragen hier erörtern wollte. Er wolle sich daher nur auf einige Fragen beschränken. Bezüglich der Schwurgerichte könne er den Vorredner beruhigen, sie würden bleiben, wie sie sind, einerseits Geschworenengericht, andererseits Richter. Wenn der Vorredner es vermisst, daß er sich zu dem Stand der Strafprozeßordnung nicht geäußert habe, so habe er geteilt ausdrücklich erklärt, daß das Reichsjustizamt die Möglichkeit benutzte, um die Strafprozeßordnung auf ihre Einzelheiten zu prüfen und um den Aufbau dieser neuen Strafprozeßordnung fertig zu bringen und alsbald eine Grundlage für die Gerichtsverfassung zu schaffen. Ueber die Diätenfrage für die Geschworenen und Schöffen habe er deshalb nicht gesprochen, weil die Frage erst im Rahmen der neuen Strafprozeßordnung zur Entscheidung kommen soll. Wenn aber der Beschluß des Reichstages dahin ginge, daß solche Entscheidungen jetzt schon, vor der Fertigstellung der neuen Strafprozeßordnung, bezüglich der Geschworenen und Schöffen, die auf Grund der jetzigen deutschen Gerichts- und Prozeßordnung funktionieren, erfolgen, so könne er sagen, daß dieser Beschluß dem Bundesrat vorliege, der Bundesrat aber einen Beschluß noch nicht gefaßt habe.

Abg. Dr. Lorenz (Mitt.) erklärt: Die gestrigen Vorwürfe Stadthagens gegen die Richterpflege seien ohne den Schatten

eines Beweises von ihm erhoben worden. Unrichtig sei es, daß zwischen Rechtsprechung und Recht ein großer Riß bestehe und daß die werttätige Bevölkerung von den Geschworenengerichten ausgeschlossen sei. Seine Partei wünsche die Erhaltung der kleinen Landgerichte, und zwar aus historischen, wirtschaftlichen und politischen Gründen. Daß die Schwurgerichte in ihrer bisherigen Form beibehalten werden sollen, freue ihn.

Abg. Dr. Nitzkowski (Pole) hofft, daß durch die Reform der Strafprozeßordnung die schlimmsten Mängel beseitigt werden. Das Hauptpostulat seiner Partei sei die Wiedereinführung der Berufung gegen die Strafkammerurteile. Seine Partei hoffe, daß Mittel und Wege gefunden werden, um die vollständige politische Unabhängigkeit des Richters in den politischen Prozessen den Polen gegenüber zu gewährleisten.

Abg. Roth (Wirtsch. Bgg.) wünscht in erster Linie die Heranziehung des Laienelements zu den Strafkammern. Die genügende Anzahl Laienrichter werde man schon finden, wenn Diäten bewilligt würden. Das Berufungsverfahren habe sich im Militärstrafprozeß sehr wohl bewährt. Die Massenverurteilungen bei den geringsten Anlässen seien zu vermeiden. Die Untersuchungshaft müsse möglichst beschränkt werden.

Abg. Dr. Dove (fri. Bgg.) spricht ebenfalls den Wunsch nach baldiger Vorlegung der Strafprozeßreform aus und ist dem Staatssekretär dankbar dafür, daß die Schwurgerichte nach seinen Ausführungen erhalten bleiben sollen. Auf dem Gebiete der Justizpflege sei vor allem notwendig die Beseitigung der Reste des alten überlebten Inquisitionsverfahrens und deren Ersetzung durch Bestimmungen, welche moderner Gesichtspunkten Rechnung tragen. (Beifall links.)

Abg. Werner (Reformp.) wünscht, daß das Reichsjustizamt ein schnelleres Tempo einschläge. Bezüglich der bisherigen Handhabung und Gestaltung der Polizeiaufsicht sei eine gesetzliche Veränderung nötig. Das beweise der Fall des Hauptmanns von Köpenick. Die Heiligkeit des Eides müsse mehr beschränkt werden. Anstatt des Boreides müsse der Racheid nach der genauen Protokollierung eingeführt werden.

Abg. Storz (Deutsche Volksp.) bei den Privatklagen würden die Kosten geradezu künstlich hochgeschraubt. Die Untersuchungshaft solle beschränkt werden. Darauf wird ein Antrag auf Schluß der Debatte gestellt. Das Bureau bleibt bei der Probe und Gegenprobe zweifelhaft. Deshalb findet Sammel sprung statt. 121 Abgeordnete stimmen für, 133 gegen den Schluß. Die Debatte geht also weiter. Die Ankündigung dieses Ergebnisses wird vom Hause mit stürmischer Heiterkeit begrüßt, die noch anhält, als Stadthagen das Wort erhält und die Tribüne besteigt.

Abg. Stadthagen (Soz.) mit schallender Heiterkeit und minutenlangem Unruhe begrüßt, kritisiert nochmals die Erklärungen des Staatssekretärs und wendet sich gegen den Abgeordneten Varenhorst.

Abg. Hecker (fri. Bgg.) glaubt, es wäre die Aufgabe des Reichsjustizamtes und der Einzelstaaten, von jetzt ab dafür zu sorgen, daß den Bestimmungen des Gerichtsverfassungsgesetzes genügt werde. In dem Gerichtsverfassungsgesetz und den Motiven dazu wird kein Wort gesagt, daß die Arbeiter und Wählerbestimmten von den Schöffen und Geschworenengerichten auszuschließen seien. Daß die Arbeiter die Kosten des Amtes nicht tragen könnten, sei durchaus richtig. Sie wären stolz, wenn ihnen diese Funktionen übertragen würden.

Staatssekretär Dr. Nieberding erklärt: In dem Gesetz werde die Heranziehung von Arbeitern zu Schöffen und Geschworenen nicht gefordert, sondern nur zugelassen. Die Zurücksetzung des Arbeiterstandes hinter den anderen Bevölkerungsteilen sei nicht beabsichtigt, die Frage der Vorbildung spreche auch in dieser Angelegenheit mit.

Abg. Hecker (fri. Bgg.) glaubt, unter den Millionen von Arbeitern würden sich genügend Personen finden, die dieses Amt versehen können. Es handelt sich nicht um die Frage der Justizreform, sondern um die Anwendung der Gesetze. Weder fragt sodann, wie es komme, daß Bayern ein Restrikt erließ, wonach die Arbeiter herangezogen werden sollen, wenn eine denartige Bestimmung schon existierte.

Abg. Wagner (konf.) bemerkt: In Dresden würden vielfach Arbeiter herangezogen.

Abg. Singer (Soz.) stellt fest, daß überall, wo Sozialdemokraten berufen würden, die ganze Welt voll des Lobes über ihre Unparteilichkeit sei. Protestieren müsse er dagegen, daß die neue Mehrheit hier wiederholt versuche, die Ehre der Arbeiterklasse herabzusetzen.

Abg. Wagner (konf.) führt aus: Die Sozialdemokraten seien nicht die Vertreter der deutschen Arbeiter. Singer sei etwas ganz anderes als ein Arbeiter. Seine Partei wolle auch zukünftig den wirtschaftlich Schwachen Schutz angeheben lassen.

Abg. Müller-Meinungen (fri. Bp.) protestiert heftig gegen die Ausführung Singers, daß die neue Mehrheit die deutsche Arbeiterklasse beleidigt habe. Seine Partei vertrete mindestens ebenso gut oder besser die Interessen der Arbeiter, als Singer. Seine Partei bestreite doch wenigstens die Gerechtigkeit, auch die Sozialdemokraten zu der deutschen Arbeiterklasse zu zählen, während Singer glaubt, daß ausschließlich die Sozialdemokratie alle deutschen Arbeiter vertrete. Eine solche Zusammenfassung von Sozialdemokratie und Arbeiterklasse weise er namens Hunderttausender von Arbeitern zurück. (Lebhafte Beifall rechts und links.) Wenn die Sozialdemokratie in dieser Weise wie Singer uns vollkommen unmetwider angreift, so weise er dies einfach als Verleumdung zurück. (Lebhafte Beifall.)

Abg. Stadthagen (Soz.) konstatiert, daß die bürgerlichen Parteien es waren, die die Anträge der Sozialdemokraten auf Einführung der Diäten für Schöffen und Geschworene abgelehnt hätten.

Abg. Roth (konf.) protestiert gleichfalls dagegen, daß die Sozialdemokraten sich wie im Wahlkampf als Vertreter der deutschen Arbeiter aufspielen.

Abg. Jund (natl.) legt zur Steuer der Wahrheit dar, daß die Arbeiter in Sachsen sich als Geschworene und Schöffen sehr gut bewährt hätten.

0.9
2.1
1.5
1.9
2.0
1.2
1.8

0.9
2.4
0.7
1.1
2.3
3.0
2.0
3.1
3.5
0.4

1.5
3.2

1
1

10
26
16
3

10
25
4

3
5
3
3

2
9
6

ge-
tu-
or-
br-
an-
de-
in
in
in
in
St.
nn-
al-
13

ant
am
ten;
en;
ne

ber
bei
im
im
ch-
en

ie

Nach weiterer unwesentlicher Debatte wird die Besprechung geschlossen.
Morgen 1 Uhr: Rest der heutigen Tagesordnung; Reichsinvalidenfonds. — Schluß: 6 Uhr.
(Telegraphischer Bericht.)

* Berlin, 14. März

Präsident Graf Stolberg eröffnet die Sitzung um 1 Uhr 20 Min.

Auf der Tagesordnung steht der Gesetzentwurf betr. den Hinterbliebenenversicherungsfonds und den Reichsinvalidenfonds.

Führ. v. Stengel begründet die Vorlage, die nach § 15 des Zolltarifgesetzes vom 15. Dezember 1902 die Ansammlung von Zollerträgen zur Erleichterung der Durchführung der Witwen- und Waisenversorgung regelt. Die Vorlage sei der erste Schritt zur Witwen- und Waisenversorgung. Die Gesetzesvorlage sei trotz ihres geringen Umfangs von erheblicher Bedeutung. Er empfehle sie zur Annahme. Zugleich hätten die Regierungen darauf Bedacht genommen, die bisherige Verwaltung des Invalidenfonds etwas sparsamer zu gestalten. Es sei nicht ausgeschlossen, daß man mit der Zeit sich dazu entschließen, die Verwaltung der Kapitalbestände der Reichsbank zu übergeben.

Abg. Gamp (Npt.) führt aus, seine Partei sei in jeder Beziehung mit der Vorlage einverstanden; er glaube aber, daß eine Vereinfachung wünschenswert sei.

Nach kurzer Erwidernng Stengels in erster Lesung wird die Vorlage in zweiter debattelos genehmigt.

Es folgen die Interpellationen der Abgg. Frhr. Geil zu Herrnsheim und Stresemann (natl.) betr. die Verhältnisse der Privatbeamten.

Abg. Frhr. Geil zu Herrnsheim begründet die Interpellation, in der die Regierung gefragt wird, ob das Ergebnis der Vorarbeiten zur Schaffung einer staatlichen Pensions- und Hinterbliebenenversorgung für die Privatbeamten nunmehr vorliege und wann die in Aussicht gestellte Denkschrift dem Reichstage zugeht. Seine Partei könne die Regierung nicht frei von der Mitschuld erklären, wenn auf dem Gebiete der Sozialpolitik so langsam vorwärtsgewandert werde. Wir wären dem Staatssekretär sehr dankbar, wenn er geneigt wäre, zur Weiterführung der Sozialpolitik die Hauptpunkte des Staatsprogramms zu entwerfen. Zu diesen Hauptpunkten rechne seine Partei auch die Verhältnisse der Privatbeamten. Die Privatversicherung der Privatbeamten seitens der Industrie sei zu teuer.

Staatsminister Dr. Graf v. Posadowsky betont, die Hauptaufgabe für die Regierung sei die Kostenberechnung für die verschiedenen Versicherungsarten gewesen. Das Ergebnis der Berechnung war, daß für die Witwen und Waisen und die Heimsfürsorge 19 Prozent des Jahreseinkommens der Privatbeamten als Beiträge gefordert werden müssen. Die diesbezügliche Denkschrift wurde dem Reichstage noch heute zugehen. Wenn man, wie in der Denkschrift, das Durchschnittsjahreseinkommen auf 2100 Mark festlegt, so würde im Durchschnitt der Jahresbeitrag von 304,50 Mark für jeden Privatbeamten notwendig sein. Nach 10 Jahren würde eine Invalidenpension von 525 Mark, eine Witwenrente von 210 Mark und eine Waisenrente von 42 Mark für jedes Kind möglich sein. Nach 20 Jahren würden diese Zahlen betragen 875 Mark, 315 Mark und 70 Mark, nach 30 Jahren 1225 Mark, 491 Mark und 88 Mark, nach 35 Jahren 1575 Mark, 630 Mark und 125 Mark. Die Privatbeamten müssen sich darüber klar werden, inwieweit sie im Stande sein werden, den finanziellen Forderungen einer solchen Zwangsversicherung zu genügen.

Auf Antrag des Abgeordneten Dr. Wassermann (natl.) wird in die Besprechung der Interpellation eingetreten.

Abg. Stittard (Str.) hätte frühere Einbringung der Interpellation gewünscht. Eine Lösung dieser wichtigen Frage müsse gesucht werden.

Abg. Pauli-Potsdam (konf.) spricht sich im gleichen Sinne aus.

Die Lage in Rußland.

(Telegramme.)

Von der Reichsduma.

* St. Petersburg, 13. März. Die Kommissionen der Reichsduma setzten die Prüfung der Wahlmandate fort. Da die Fraktionen über ihre Stellungnahme zu der zu erwartenden Regierungserklärung noch nicht übereingekommen sind, findet die für morgen anberaumte Dumasitzung nicht statt. Die nächste Sitzung wird am 14. März, möglicherweise erst am 15. März, abgehalten werden.

Zwischen den Sozialdemokraten und den Kadetten wurde eine Verständigung angebahnt. Man erwartet, daß es in der heute bei dem Fürsten Dolgorukow stattfindenden Versammlung der Kadetten gelingen wird, die Sozialdemokraten zu bewegen, daß sie in der Duma nach der Verlesung der ministeriellen Erklärung für den einfachen, nicht motivierten Uebergang zur Tagesordnung ohne Mißtrauensvotum stimmen. Da Präsident Golowin erklärt hat, daß er vor der ministeriellen Erklärung keinem Abgeordneten das Wort erteilen werde, haben die Sozialdemokraten von einer Erklärung mit Bezug auf die Annetie Abstand genommen. Besonders scharf verurteilen bäuerliche Abgeordnete die Absicht der Volkssozialisten und Sozialdemokraten, an der Regierungserklärung eine scharfe Kritik zu üben. Falls beide Parteien ihre Absicht nicht aufgeben, wollen die Bauern ohne Unterschied der politischen Rich-

tung öffentlich erklären, daß die der Intelligenz angehörigen Mitglieder beider Parteien gegen den Willen der Bauern handeln.

* St. Petersburg, 14. März. Die Mitglieder der oppositionellen Dumafractionen hielten gestern bei dem Fürsten Dolgorukow eine Sitzung ab, in der der Beschluß gefaßt wurde, nach der Verlesung der ministeriellen Erklärung für einfachen nicht motivierten Uebergang zur Tagesordnung zu stimmen. Hierauf erklärten die Sozialisten, daß sie ihren Rednern gestatten würden, die Politik des Kabinetts Stolypin einer Kritik zu unterziehen. Alle Parteien, Sozialrevolutionäre, Arbeiterpartei und Kadetten, erhoben Widerspruch gegen diese Politik der Sozialisten, die sich das Recht vorbehalten wollen, im Namen des gesamten russischen Volkes zu sprechen. Es wurde ein Antrag der Sozialrevolutionären angenommen, die Einstellung der Debatte zu verlangen, sobald die Sozialisten sich zum Worte melden. Diese Forderung dürfte eine wirksame Maßnahme darstellen, denn nach dem Reglement der Duma darf die Debatte nicht eingestellt werden, wenn 50 Mitglieder der Duma sich dagegen erklären, die Sozialisten verfügen jedoch nur über 47 Stimmen. Sollte diese Maßregel jedoch nicht von Erfolg sein, so würden sämtliche linksstehenden Deputierten der Duma den Sitzungssaal verlassen, um auf diese Weise den Präsidenten zu zwingen, die Sitzung aufzuheben. Fürst Dolgorukow machte den Sozialisten den Vorschlag, ihren Entschluß noch einmal zu erwägen und ihre endgültige Entscheidung am 14. März mitzuteilen.

* St. Petersburg, 14. März. Wie das Kadettenblatt „Rjtsch“ meldet, ist die zu erwartende Erklärung des Ministeriums Stolypin kurz und in fortschrittlichen Geiste abgefaßt. Hinsichtlich der Agrarfrage erkennt sie an, daß eine durchgreifende Agrarreform notwendig sei, welche jedoch nicht mit gewalttätiger Vernichtung des Privatgrundbesitzes identifiziert werden könne. Es sei nötig, die unteren Volksschichten drückenden Steuerlasten durch Einführung einer progressiven Steuer zu erleichtern. Schließlich erwähnt die Erklärung die von der Regierung vorbereiteten Vorlagen über die Arbeiterfrage.

* St. Petersburg, 14. März. Wie aus Tiflis gemeldet wird, tritt in einem Bezirk der Landschaft Kachetien die Genidfarre epidemisch auf.

* St. Petersburg, 14. März. Der Direktor des Polytechnikums, Fürst Gagarin, wurde infolge der Bombenfunde entlassen. Gegen den akademischen Senat ist in corpore Strafverfolgung eingeleitet worden.

* Charkow, 13. März. Während mittags die Polizei in einer Studentenwohnung eine Hausdurchsuchung vornahm, explodierte eine Bombe. Dadurch wurden ein Gendarmerechtsfuzier, drei Polizisten und zwei Privatpersonen getötet, sechs andere Personen wurden verwundet.

* Jaroslaw, 14. März. Ein junger Mann in Studentenkleidung machte mit einem Revolver einen Mordanschlag auf den Gouverneur von Rimsko Korsakowa, der mißlang. Der Gouverneur, der rechtzeitig die Absicht des Mannes erkannte, packte ihn an der Kehle und hielt ihn fest, bis Leute herbeieilten, die den Verbrecher unschädlich machten. In den Taschen wurden noch mehrere Revolverpatronen gefunden.

Zur Ermordung Petkows.

(Telegramme.)

* Sofia, 13. März. Bei der Polizei laufen viele anonyme Anzeigen über angeblich Mitschuldige an der Ermordung des Ministerpräsidenten ein. Im Laufe des gestrigen Nachmittags wurde wieder eine Reihe von Verhaftungen vorgenommen. Die Festgenommenen, unter denen sich auch viele Frauen befinden, werden meist als schuldlos wieder freigelassen. Die Untersuchung hat noch keine Klarheit ergeben. Der Mörder erklärt nach wie vor, daß er bei dem Mordanschlag ohne Mitschuldige war, doch wird andererseits behauptet, er habe bei seiner Verhaftung gepfiffen, offenbar in der Absicht, Komplizen herbeizurufen. — Ein regierungsfreundliches Blatt teilt mit, daß der bulgarische Agent in Belgrad, Rigas, Petkow, mit dem er verschwägert ist, vor 10 Tagen brieflich habe wissen lassen, daß er erfahren habe, daß in Belgrad gegen ihn, Petkow, eine Verschwörung geplant werde. — Es verlautet, der „Wof. Zg.“ zufolge, daß sofort nach der Ermordung Petkows ein geheimer fürstlicher Befehl bei dem Vertrauten und persönlichen Freunde des Fürsten, dem Minister des Neuhern Stancion, eintraf, nicht zuzulassen, daß Unberufene die Gelegenheiten benutzen, um das Privatarchiv Petkows, das wichtige fürstliche Schreiben enthalte, zu durchstöbern. Stancion und der fürstliche Kabinettschef Dobrowitsch schritten auch rechtzeitig in diesem Sinne ein.

Großherzogtum Baden.

* Karlsruhe, 14. März.

Seine königliche Hoheit der Großherzog nahm heute vormittag von 11 Uhr an den Vortrag des Geheimrats Dr. Nicolai entgegen und empfing dann den Flügeladjutanten Obersten Dürr.

Ihre königliche Hoheit die Kronprinzessin von Schweden kommt seit einigen Tagen zu Seiner königlichen Hoheit dem Großherzog, während Höchstdersebe nachmittags im Lehnstuhl verweilt.

* (Israelitische Landesynode.) Behufs Beschlußfassung über das zum Andenken an das goldene Ehejubiläum Ihrer königlichen Hoheiten des Großherzogs und der Großherzogin von der israelitischen Religionsgemeinschaft des Großherzogtums in Bad Dürkheim zu errichtende Friedrich-Luisen-Hospiz für israelitische Kinder und minderbemittelte Erwachsene, insbesondere über die Aufnahme eines Anlehens zu gedachtem Zweck, findet am Montag den 18. März d. J. eine außerordentliche Tagung der Synode statt. Die Eröffnung derselben erfolgt vormittags 11 Uhr im Sitzungssaal der Zweiten Kammer der Landstände durch den Landesherrlichen Kommissär, Geh. Rat Weberer. An Stelle des als Landesrabbiner nach Karlsruher früheren Bezirksrabbiners Dr. Doctor in Bruchsal ist Bezirksrabbiner Dr. Mayer in Bühl in die Synode gewählt worden. Im übrigen gelten für die außerordentliche Synode die Wahlen zu der letzten ordentlichen Synode vom Jahre 1904.

(Großherzogliches Hoftheater.) Die im besten Sinne volkstümliche Vorzügliche Oper „Der Zimmerrath“ bereite am Dienstag unter Herrn Lorenz trefflicher Leitung dem zahlreichen Theaterpublikum ersichtliche Freude. Die gemüthvolle Musik, die in ihrer gesunden, unterhaltenden Art wenig Seitenstücke hat und mit ihrer unverwundlichen Frische und Melodiefreudigkeit noch lange dankbare Hörer finden wird, hinterließ bei sehr guter Besetzung der Hauptrollen einen vortheilhaften Eindruck. Herr Büttner ist ein außerordentlich vornehmer Vertreter der Titelrolle, der für die dankbare Partie den richtigen Ton traf, den bewegten Gesangsstellen menschenswerten Nachdruck verlieh und die verschiedenen Nebenrollen mit schönem Stimmklang zum Ausbruch brachte. Eine gleichfalls prächtige Leistung bot Herr Kohn mit der durch unwichtigen Humor sich auszeichnenden Durchführung des „van Bett“. Die von jeder Possenreize sich fernhaltende, bezwingende Komik und die durch musikalische Sicherheit und stimmliche Tüchtigkeit sich auszeichnende Gesangsleistung lassen den Künstler als eine sehr schätzenswerte Kraft unserer Bühne erscheinen. Der „Peter Ivanow“ des Herrn Buffard ist eine köstliche Figur, Herr Jadowler ein lebenswüthiger Marquis, der mit der schmeichelnden Romane vieler Weisheit hatte. Die Herr Keller, der sich freudig in der Rolle des englischen Gesandten nicht gerade begnügt zu fühlen schien und Bodenmüller (Lefort) vervollständigten das Herrenensemble. Durch frischen Geiz und numeres Spiel zeichnete sich die Marie Fräulein Wärmerspergers aus und Fräulein Friedlein bewährte sich als Witwe Bronn bestens. Die Chöre und Ensembles, von welsch letzteren wir das wirklich schön gesungene Sextett im zweiten Akt besonders erwähnen, vervollständigen den guten Gesamteindruck.

Von der Generaldirektion wird uns mitgeteilt: Das dritte Gastspiel von Konrad Dreher ist für Samstag den 23. d. M. in Aussicht genommen. Für Orlan wird eine Wiederholung der „Faust“-Tragödie vorbereitet. Der erste Teil wird am zwei Abenden, Montag den 25. und Dienstag den 26., zur Aufführung gelangen; der zweite Teil am Sonntag den 31. März. Die Aufführungen finden im Abonnement B. statt. Zurzeit ist das Schauspielpersonal mit der Einstudierung von Abens „Hedda Gabler“ beschäftigt. Die Erstaufführung dieses Schauspiels ist auf Freitag den 22. März angesetzt. Es sei jetzt schon darauf hingewiesen, daß am Karfreitag (29. März) eine Aufführung des Requiem von Hector Berlioz in der Festhalle zum Besten der Pensionsanstalt des Hoftheaters stattfinden wird. Es sind mehr als zwanzig Jahre vergangen, seit das Nierenwerk gelegentlich eines Konzertes zum ersten Male hier aufgeführt wurde unter der Leitung Felix Motzls und in Gegenwart des greisen Franz Liszt. Die Wiederholung nach so langer Pause bedeutet ein musikalisches Ereignis, und nicht für Karlsruhe allein; denn infolge der außerordentlichen Schwierigkeiten der Orchesterbesetzung und gelanglichen Aufgaben ist nur wenigen Städten eine würdige Wiedergabe der genialen Komposition möglich. Der Chor setzt sich zusammen aus eingeladenen Damen und Herren unserer Stadt, der Fiedlerhalle und dem Singchor des Hoftheaters. Der orchestrale Teil wird von dem verstärkten Hoforchester ausgeführt. Das Tenor solo wird von Herrn Hofopernsänger Hermann Jadowler gesungen. An der Spitze des Chores steht Herr Hofkapellmeister Lorenz.

(Emil Hunler †) Gestern abend wurde in Baden-Baden nach der dortigen Aufführung des „Bierpöhl“, bei der er noch als Inspektor tätig war, Requieminspektor Emil Hunler, während er in Gesellschaft einiger Freunde in einem Restaurant auf den Abgang des Karlsruher Juges wartete, von einem Herzschlag getroffen und fiel tot zu Boden. Er gehörte zu den ältesten Mitgliedern unseres Hoftheaters. 1847 geboren, trat er 1867 zunächst ins Ballet ein. Seine Begabung und sein durch fleißiges Studium betätigtes Interesse ermöglichten 1870 seine Aufnahme ins Schauspielensemble. 1879 wurde er Inspektor des Schauspielers. In den langen Jahren seiner Zugehörigkeit zum Hoftheater hat sich Emil Hunler sowohl als tüchtiger Charakterdarsteller, wie als gewissenhafter und umsichtiger Inspektor viele Verdienste und zugleich allseitige Anerkennung und Achtung erworben. Für unsere Hofbühne ist sein plötzlicher Tod ein schmerzlicher Verlust. In den Theaterkreisen bleibt dem hilfsbereiten Kollegen und lebenswürdigen Gesellschaftler ein freundliches, treues Andenken gesichert.

(Wahlen zur badischen Landwirtschaftskammer.) Der Verband der badischen Landwirtschaftlichen Konsumvereine, dem zurzeit 617 Verbände mit 50 000 Einzelmitgliedern angehören, verbandet an seine Verbände einen Aufruf, in welchem er die Tätigkeit der künftigen Landwirtschaftskammer schildert und auffordert, daß alle wahlberechtigten Kandidaten unbedingt ihre Stimme abgeben und ohne Parteivorezug nur solche Kandidaten wählen, die das landwirtschaftliche Genossenschaftswesen kennen, fördern und unterstützen. Der Verband erneuert zugleich die Liste der von ihm vorgeschlagenen 18 Kandidaten. — Auch der Badische Bauernverein hat für die Wahlen eine Kandidatenliste aufgestellt.

(Paul Gerhardt-Feyer.) Am Dienstag fand in der evang. Stadtkirche anlässlich des 300. Geburtstages des Meisters des Kirchenliedes, dessen Andenken wir in einem besonderen Artikel eingehend gewürdigt haben, eine erhebende Gedenkfeyer in Form eines Gottesdienstes statt. Die Gottesdienstordnung verzeichnete Lieder und Wechselgesänge von Paul Gerhardt. Nach einem einleitenden Orgelspiel sang die Gemeinde „Sollt ich meinem Gott nicht singen“. Hierauf sprach der Geistliche, Stadtpfarrer Jäger von der Neuwesstadt, ein Einleitungsgebet. Es folgten alsdann Lieder, die der Chor zum Vortrag brachte. Bei einem Wechselgesang zwischen Chor und Gemeinde sang Fr. Elisabeth Kneitel mit schöner Wirkung das Sopran solo. In der Festrede, die er Psalm 83 zu Grunde legte, betonte Stadtpfarrer Jäger, daß die Protestanten wohl ein Recht hätten, Paul Gerhards Gedächtnistag in der Kirche zu feiern. Auch die Evangelischen von heute möchten die Lebenskunst ausüben, die Paul Gerhardt gelehrt, über allem den Willen Gottes zu setzen.

(Verein für heimathliche Kunstpflege.) Am letzten Vereinsabend hatte Professor Langhein in liebenswürdiger Weise übernommen, die Besucher in die Technik und die Entwicklung eines in Karlsruhe hervorragend heimischen Kunstbetriebes einzuführen. Er sprach über den Künstler-Eindruck und seine Bedeutung. Von einem Deutschen, Genesfelder, erfunden, wurde in Deutschland die Bedeutung der Erfindung nicht gleich erkannt, vielmehr waren es Frankreich und England, wo die neue Kunst mit Interesse aufgenommen wurde und sachverständige Ausgestaltung erfuhr. Graf Kalkreuth, dessen hiesiges Wirken uns allen bekannt ist, war es, der von Paris aus das Interesse an dem Künstler-Eindruck nach Karlsruhe herpflanzte, wo sich bald eine Anzahl Maler zur Ausübung dieser Kunst zusammenfand. Die badische Regierung gewährte dem neuen Kunstzweig bereitwillige Unterstützung.

und heute, siehe Karlsruhe an der Spitze derjenigen deutschen Städte, die als Pflanzstätten des lithographischen Kunsthandwerks in Betracht kommen. — Eine kleine Ausstellung von Steinbrüden in verschiedenen Stadien der Entwicklung zeigte die Fortschritte, die auf diesem Kunstgebiete gemacht sind. Mit der Waage und anderen Apparaten führte der Redner dann sehr anschaulich das Verfahren bei Herstellung der Steinbrüden vor Augen. Er schilderte dann die Bedeutung der Künstlerbrüden, die berufen sind die kunstfertigen Massenbrüden zu verdrängen, für die Hebung des Kunstgeschmacks im Volke. Dem Vortragenden wurde lebhafter Beifall gesendet. An der Diskussion, bei der Professor Langheim noch mehrere technische Fragen beantwortete, beteiligten sich die Herren Hofrat Professor Rosenberg, Professor Süß und der stellvertretende Vorsitzende, Hofprediger Frommel.

Experimentvortrag. Am Dienstag hielt hier Dr. V. Schapire im Museumsaal, der in einen physikalischen Experimentalsaal umgewandelt schien, seinen zweiten populären Experimentvortrag. Im ersten Teil des Vortrages erläuterte er eingehend die verschiedenen Systeme der drahtlosen Telegraphie und führte sehr gut gelungene Experimente vor. Der zweite Teil war dem neuen Wundermetall Radium gewidmet, dessen wunderbare Eigenschaften Dr. Schapire in fesselndem Vortrag schilderte und in interessanten Experimenten veranschaulichte. Das zahlreiche Publikum, das den Museumsaal dicht besetzt hielt, spendete dem Redner vielen Beifall.

(Aus dem Polizeibericht.) Am Mittwoch vormittag war ein lediger Hilfsarbeiter am neuen Krankenhaus mit Einsetzen eines Verbindungsstückes für die elektrische Leitung beschäftigt, wobei er infolge Aufstehens der Leiter aus einer Höhe von 5 Metern rücklings abstürzte. Er zog sich am Kopfe eine blutende Verletzung und außerdem eine Verstauchung der linken Hand zu. Auch plagte er über heftige Schmerzen im Kreuz, so daß er auch innere Verletzungen erlitten zu haben scheint. Der Verunglückte wurde ins städt. Krankenhaus verbracht. — Zwei Burthen, die Fleisch im Werte von 20 Mark, das offenbar gestohlen war, abzugeben suchten, wurden verhaftet.

S. Mannheim, 13. März. Der Bürgerausschuß genehmigte in seiner gestrigen Sitzung sämtliche städtischen Vorlagen. Die Gehalts erhöhungen von je 3000 M. für die drei Bürgermeister wurde mit allen gegen drei Stimmen angenommen. Die sozialdemokratische Fraktion stimmte geschlossen dafür. Der erste Bürgermeister Martin bezieht jetzt 15 000 M., der zweite Bürgermeister Ritter 13 500 M., der dritte Bürgermeister v. Hollander 13 000 M. Die Neuregelung der Lohnverhältnisse der städtischen Arbeiter wurde einstimmig gutgeheißen. Die Linde drückte sogar noch drei Resolutionen durch, von denen die wichtigsten den achtundzwanzigsten Jahrestag und die Gleichstellung der Zulagefristen mit denen der Beamten fordern. Auch bei der Regelung der Gehaltsverhältnisse der städtischen Beamten und Bediensteten ging der Bürgerausschuß insofern noch über den städtischen Antrag, der eine 7proz. Erhöhung vorsah, hinaus, als er sich einen sozialdemokratischen Antrag zu eigen machte, der eine 10proz. Gehaltserhöhung für die nicht etatmäßigen Beamten empfahl. Bei der Regelung der Gehaltsverhältnisse der Hauptlehrer, Hauptlehrerinnen und unständigen Lehrkräfte an den Volksschulen ging das Kollegium gleichfalls über den städtischen Vorschlag einer 7proz. Aufbesserung hinaus und bewilligte den nicht etatmäßigen Lehrern eine 10proz. Gehaltserhöhung und den Hauptlehrerinnen die gleichen Zulagefristen wie den Hauptlehrern. Gegen die Neuweisung der Abonnements- und Tagespreise im Hoftheater hatte man um so weniger etwas einzuwenden, als sich dadurch die Einnahmen um 77 000 M. erhöhen. — Der Zustand der Zimmerleute ist beendet. Die Leute haben heute morgen die Arbeit unter folgenden Bedingungen aufgenommen: Bis 1. Mai 58 Pf. Stundenlohn, von da ab 60 Pf. Der Vertrag hat ein Jahr Gültigkeit.

Heidelberg, 12. März. Der Dreßener Konzertmeister Max Post hat sich hier niedergelassen. Um sich einzuführen, hat er mit der Pianistin Ellspermann ein Konzert in der Stadthalle veranstaltet, der Violinist, der sich durch ungewöhnliches Temperament auszeichnet, fand eine sehr beifällige Aufnahme. Die Pianistin benutzte sich als eine sehr gediegene Künstlerin. — Im Stadttheater gastiert die Soubrette Nina Damminger vom Theater des Westens in Berlin mit schönem Erfolg.

Kleine Nachrichten aus Baden. In Oberbach brannte die chemische Fabrik von Albert A. David nieder. Der Schaden ist erheblich. — Unter dem Verdachte, dem großen Brand in Verbach verursacht zu haben, dem 5 Wohnhäuser und 8 Scheunen zum Opfer fielen, wurden die Eheleute Münster verhaftet und in das Amtsgefängnis nach Tauberbischofsheim eingeliefert. Der entstandene Schaden wird auf 70—80 000 M. geschätzt. — Am 17. und 18. April findet die Kreisversammlung des Kreises Malsbach statt. — Von der Firma Heß in Tübingen wird die Erbauung eines Elektrizitätswerkes in Nach projektiert. Mit Ausnutzung der dortigen reichen Wasserkräfte soll eine leberlandzentrale errichtet werden für Nach und die umliegenden Ortschaften im Radius von 10 bis 12 Kilometer. Fünf Orte haben bereits einen vorläufigen Vertrag abgeschlossen und mit sieben weiteren sind Verhandlungen im Gange, so daß das Unternehmen gesichert erscheint. — Die Kreisversammlung für den Kreis Freiburg findet am 3. und 4. April im Kornhaussaal statt. — In St. Georgen i. Schw. hat sich eine Ortsgruppe des Allgemeinen deutschen Schulvereins gebildet. — Der Kultur- und Verkehrsverein in Konstanz wird durch den Bau eines Verkehrsbureaus eine Verkehrszentrale schaffen, welche der ganzen Einwohnerschaft zugute kommen soll. Der Bau wird in schönem, gefälligen Stil ausgeführt werden. — Zwischen Großschafheim (Amt Weinheim) und Heiligkreuz fürzte der 33 Jahre alte Tagelöhner Adam Albrecht in betrunkenem Zustande die 5½ Meter hohe Straßeneinfahrt hinunter und blieb tot liegen.

Neuere Nachrichten und Telegramme.

Berlin, 14. März. Der Deutsche Landwirtschaftsrat beschäftigte sich in seiner zweiten Sitzung mit der Entwicklung der Befriedelung der deutschen Kolonien. In der Diskussion hierüber führt der Herzog Johann Albrecht von Mecklenburg aus, wir könnten die Kolonien nur halten, wenn sie sich auf einen festen Bauernstand stützten. Gouverneur Graf Bögen legte die Verhältnisse in Ostafrika, Gouverneur von Lindquist diejenigen in Westafrika dar. Der stellvertretende Kolonialdirektor Dernburg war ebenfalls anwesend. Im Laufe der Ausführungen regt Gouverneur Lindquist an, daß die Mitglieder des Landwirtschaftsrates selbst nach Afrika hinausgehen und die Verhältnisse studieren möchten. Schließlich wurde ein von der Kolonialgesellschaft vorgelegter Antrag angenommen, dahingehend, daß eine tatkräftige, zielbewußte Entwicklung der Landwirtschaft in den für dieselbe geeigneten Kolonien herbeigeführt werde, und ferner, daß die Verbesserung aller Verkehrsmittel, insbesondere durch den Eisenbahnbau, zur Erschließung der Kolonien gefördert werden müsse.

Berlin, 13. März. Gegenüber verschiedenen Blättermeldungen der letzten Zeit, wonach die Missionierung der Bondelzwarts vom Truppenkommandeur ausschließlich der katholischen Mission übertragen worden ist, stellt die „Norddeutsche Allgem. Ztg.“ fest, daß diese Nachricht auf keinen Fall zutreffend ist. Daß die durch § 14 des Schutzgebietgesetzes gemährleistete Parität unter den Konfessionen in Südwestsafrika vom Gouvernement für alle Zukunft streng durchgeführt werden wird, bedarf keiner weiteren Versicherung.

Berlin, 14. März. In Athen wurde der Auslieferungsvertrag zwischen Deutschland und Griechenland unterzeichnet.

Hamburg, 14. März. Die Zahl der in den Kontrolllisten eingetragenen ausgesperrten Arbeiter beläuft sich auf 4000. Auf 46 Schiffen wurde gestern abend bis 10 Uhr gearbeitet. Die Leistungen der neuen Arbeiter, zu denen gestern 300 neu angekommene englische Arbeiter hinzugekommen sind, verbessern sich täglich. Die eingetragene Hafenspolizeiwoche ist wieder aufgehoben worden, da sich bisher keine Zwischenfälle ereignet haben.

Paris, 13. März. Die von der kolonialen Baumwollvereinigung veranstaltete nationale Geldsammlung zur Förderung der Baumwollkultur in den Kolonien hat bereits über 80 000 Franks ergeben.

Journies (Dep. Nord), 13. März. Hier sind 900 Textilarbeiter in den Ausstand getreten. Sie versammelten sich in der Arbeitsbörse, wo mehrere Redner unter allgemeiner Zustimmung für einen allgemeinen Textilarbeiterausstand sprachen.

Agen, 14. März. In Billeneuve-la-Mezin, dem Geburtsort des Präsidenten Fallières, der dort auch ein Weingut besitzt, wertete sich der Pfarrer, daß ihm vom Bürgermeister genehmigte Pfarrhaus zu verlassen. Er verbarrikadierte es und erklärte, trotz des Aufgebots von Gendarmen, daß er darin bleiben werde.

London, 14. März. In der gestrigen Sitzung des Unterhauses wurde eine von dem Nationalisten Hogan eingebrachte Resolution, in der gefordert wird, daß die unter dem Namen Coercion-Akte bekannten Ausnahmegeetze gegen Irland aufgehoben werden sollen, mit 252 gegen 83 Stimmen angenommen. Der Staatssekretär für Irland Biobelle erklärte, die Regierung werde die Coercionakte bei der nächsten sich darbietenden Gelegenheit abschaffen. — Die offizielle Mitteilung, daß Votha an der Kolonialkonferenz teilnehmen werde, wurde vom Hause mit allgemeinem Beifall aufgenommen.

Madrid, 13. März. Der „Imperial“ erhält aus Ceuta ein Telegramm, daß eine Schlacht zwischen den Angehörigen des Andjera Stammes und neutralen Kabylen um einen spanischen Ort bevorstehe. Die Andjeras seien von Mohammed el Torres und anderen ehrgeizigen Beamten des Sultans aufgestachelt worden, das bisher unabhängige Gebiet zu unterwerfen. Etwa 500 Frauen der bedrohten Kabylen nahmen ihre Zuflucht hierher, während die Männer unter Anführung von El Valiente verzweifelt Widerstand vorbereiten.

Belgrad, 14. März. Als heute früh die von auswärts hier eingetroffenen Bauern beifuss Aufnahme der Arbeit den Versuch machten, in die hiesige Zuckerfabrik zu gelangen, wurden sie von der Streikwache mit Revolverkugeln empfangen. Gendarmerei schritt ein. Es kam zu einem Kampfe, bei dem drei Arbeiter getötet und fünf verwundet wurden.

Washington, 14. März. Die Schulbehörden von San Francisco hat dem Präsidenten Roosevelt telegraphisch mitgeteilt, daß die Anordnung, nach welcher die japanischen Schulkinder von den übrigen getrennt wurden, von ihr zurückgezogen worden sei. In Anbetracht dessen wird Präsident Roosevelt heute eine Verordnung unterzeichnen, durch die der Zusatz zum Einwanderungsgesetz in Kraft gesetzt wird, die die Ausgabe von Einwandererpässen an Nulis verbietet.

Kapstadt, 14. März. Das Todesurteil, das gegen Retief und Potgieter wegen der Teilnahme an dem Einfall Ferreira in die Kapkolonie im November 1906 gefällt wurde, ist in 15jährige Zuchthausstrafe, das Todesurteil gegen Piet Ferreira, Joh. Ferreira und Jooste in lebenslängliche Zuchthausstrafe umgewandelt worden.

Tanger, 13. März. In der gestrigen Sitzung des diplomatischen Korps erneuerten die Vertreter der scheidenden Regierung die vom Sultan nach Annahme der Agrestasakte gemachten Vorbehalte. Es wurde ihnen aber erwidert, daß deren Annahme unmöglich sei. Die Verammlung beschloß, Johann, die Vergebung des Tabakmonopols öffentlich auszusprechen und den Zuschlag nach Verlauf von vier Monaten zu erteilen.

Verschiedenes.

Die „Jena“-Katastrophe.

Toulon, 14. März. Marineminister Thomson besichtigte gestern vor- und nachmittags die „Jena“. Das Schiff ist jetzt ganz trocken, so daß das Schiff untersucht werden kann. Das Borddeck ist vollständig unversehrt. Am Hinterteil zeigt sich ein großer Riß im Schiffsraum; dieser Riß, der gewissermaßen als Sicherheitsventil wirkte, durch das die Gase entweichen konnten, verhinderte die völlige Zerstörung des Schiffes. Der Panzer, die Schraube und das Steuerruder scheinen unversehrt zu sein, dagegen sind zertrümmert der Speisefaal, die Brücken und die Kabinen trotz ihrer soliden Bauart. Während der Besichtigung dauerten die Vergungsarbeiten fort. Die Leichen werden von Matrosen in Säcken transportiert. Der Minister begab sich nach den Kasernen, wo durch einen Appell festgestellt wurde, daß 110 Mann fehlen, also mit den Offizieren 118 Menschen umgekommen sind. Dazu kommen noch die Verunglückten, die sich in ärztlicher Behandlung befinden.

Paris, 14. März. Die gestern von einem Blatte wiedergegebene Vermutung in Marinetreisen, wonach die Katastrophe auf der „Jena“ auf einen verbrecherischen Anschlag zurückzuführen sei, findet bisher in der Presse keinerlei Glauben. Dagegen gilt die Ansicht, daß das Unglück durch Selbstentzündung des sogenannten Schwarzpulvers entstanden sei, allgemein als zutreffend. Der Mitteilung eines Berichterstatters zufolge, ist es unmöglich, daß eine Pulverkiste offen gelassen und durch die Funken eines Kurzschlusses zur Entzündung gebracht worden sei. — Von mehreren Offizieren wurde die Ansicht geäußert, daß die „Jena“ reparaturfähig sei.

Paris, 14. März. Das Telegramm, welches Seine Majestät Kaiser Wilhelm anlässlich der Katastrophe auf dem Panzerschiffe „Jena“ an den Präsidenten der Republik gerichtet hat, hatte, lt. „Republ.“ folgenden Wortlaut:

„Dies bewegt durch die Katastrophe, die sich im Hafen von Toulon ereignet und so viele Opfer unter Ihnen braven Seeleuten gefordert hat, sende ich Ihnen, Herr Präsident, den Ausdruck des lebhaftesten Anteil, den ich an der Trauer der französischen Nation nehme.“

Paris, 13. März. Außer vom Kaiser von Deutschland sind dem Präsidenten der Republik, Fallières,

von zahlreichen anderen Souveränen und Staatsoberhäuptern Beileidskundgebungen anlässlich der Katastrophe der „Jena“ zugegangen.

Paris, 14. März. Präsident Fallières hat gestern dem Ministerpräsidenten mitgeteilt, daß er der feierlichen Beisetzung der Opfer der „Jena“ beizuwohnen werde.

Berlin, 13. März. Für die bei dem Untergang des Dampfers „Berlin“ Verunglückten fand gestern abend eine Gedächtnisfeier statt, der die Kronprinzessin beiwohnte. König trug einen von Bildenbruch gezeichneten Prolog vor, worauf musikalische Darbietungen ernst und religiösen Charakters folgten.

Berlin, 12. März. Dem Herrenhaus ging der Entwurf eines Quellschutzgesetzes zu. Die Begründung führt an, daß Preußen 193 Mineral- und Thermalquellen besitzt, deren Erhaltung aus gesundheitlichen und wirtschaftlichen Gründen für das Allgemeinwohl notwendig erscheint.

Breslau, 12. März. Der sozialdemokratische Strafantrag gegen die Leiter des Verbandes der Metallindustriellen, Glaserapp und Genossen, wegen Verurteilung durch Androhung der vorjährigen großen Aussperrung der Metallarbeiter wurde auch von der I. Strafkammer des hiesigen Landgerichtes abgelehnt.

London, 14. März. In der südafrikanischen Ausstellung wurden aus einem Glasfaßten Goldbarren im Werte von 1600 Pfund Sterling gestohlen.

Stockholm, 13. März. Der Reichstag bewilligte eine Subvention von 15 000 Kronen für die Teilnahme Schwedens an der im Frühjahr in Berlin stattfindenden internationalen Sportausstellung.

Johannesburg, 13. März. Gestern abend ereignete sich bei Alkmaar an der Delagoabahn ein Eisenbahnunfall, bei dem 13 Personen getötet und 11 Personen verletzt wurden.

Großherzogliches Hoftheater.

Im Hoftheater in Karlsruhe.

Freitag, 15. März. Abt. A. 47. Ab.-Vorst. „Romeo und Julia“, Trauerspiel in 5 Akten von Shakespeare, übersetzt von Schlegel. Anfang 7 Uhr, Ende gegen 10 Uhr.

Sonntag, 16. März. Abt. B. 47. Ab.-Vorst. „Minna von Barnhelm“ oder „Das Soldatenglied“, Lustspiel in 5 Akten von Lessing. Anfang 7 Uhr, Ende gegen halb 10 Uhr.

Sonntag, 17. März. Abt. A. 48. Ab.-Vorst. „Tannhäuser“ oder „Der Sängerkrieg auf Wartburg“, in 3 Akten von Richard Wagner. Anfang 6 Uhr, Ende 10 Uhr.

Montag, 18. März. Abt. C. 46. Ab.-Vorst. „König Richard II.“, geschichtliches Trauerspiel in 5 Akten von Shakespeare, übersetzt von Schlegel. Anfang 7 Uhr, Ende 10 Uhr.

Wetterbericht des Zentralbureaus für Meteorologie u. Hydrometeorologie vom 14. März 1907.

Die Depression, die gestern über dem nordwestlichen Meer erschienen war, hat sich auf die dänischen Inseln und Schweden verlegt und sogleich hat sie den hohen Druck, der sich gestern noch zungenförmig in das Binnenland herein erstreckt hatte, ganz auf den Südwesten zurückgedrängt. In Deutschland herrscht die Depression trübes Wetter mit Schneefällen. Frost herrscht am Morgen nur noch im äußersten Osten. Veränderliches Wetter vorerst noch mit Niederschlägen und wenig veränderten Temperaturverhältnissen ist zu erwarten.

Wetternachrichten aus dem Süden vom 14. März früh:

Lugano heiter 1 Grad; Biarritz bedeckt 9 Grad; Nizza wolkenlos 4 Grad; Triest wolfig 2 Grad; Florenz bedeckt 1 Grad; Rom wolkenlos 1 Grad; Cagliari Regen 5 Grad; Brindisi wolkenlos 6 Grad.

Witterungsbeobachtungen der Meteorolog. Station Karlsruhe.

März	Barom. mm.	Therm. in C.	Niederschlag in mm.	Windgeschw. in m.	Wind	Himmel
13. Nachts 9 ^U	751.7	1.7	4.4	85	WS	bedeckt
14. Morgs. 7 ^U	745.1	1.5	4.7	98	SW	„
14. Mittags 3 ^U	746.9	5.9	8.7	53	WS	„

Höchste Temperatur am 13. März: 4.4; niedrigste in der darauffolgenden Nacht: 1.5.

Niederschlagsmenge des 13. März: 3.6 mm.

Wasserstand des Rheins am 14. März, früh: Schutterinsel 2.02 m, gefallen 17 cm; Rehl 2.67 m, gefallen 27 cm; Mägen 4.64 m, gefallen 47 cm; Mannheim 4.87 m, gefallen 19 cm.

Verantwortlicher Redakteur: Julius Rah in Karlsruhe. Druck und Verlag: G. Braunsche Hofbuchdruckerei in Karlsruhe.

Frühjahrsaufenthalt für Langenleidende.

Sanatorium Wehrwald

Neuerbaute, höchstgeleg. Lungenheilanstalt Deutschlands.

bei Todtnooß südlich Schwarzwald 861 m

Dir. Arzt: Dr. Lips.

Vollkomm. Hygiene. 100 Betten. Höchster Komfort.

G. SCHMIDT-STAUß KARLSRUHE

154 Kaiserstrasse, gegenüber der Post.

Hof-Juwelier • Hof-Uhrmacher

Altrenommiertes Haus

Konfirmanten-Uhren

Konfirmations-Geschenke

in Gold und Silber

Neue, reiche Auswahl auch in einfacheren Sachen

Danksagung.

Für die vielen Beweise herzlicher Teilnahme an dem Tode unseres guten Vaters, des

Königlich Preussischen Oberstleutnants a. D.

Heinrich Platz

und für die so zahlreiche Beteiligung des Offizier-Korps, der Militär- und Waffenvereine an den Beisetzungsfeierlichkeiten, sowie für die herrlichen Blumen- und Kranzspenden sagen im Namen aller Hinterbliebenen ihren innigsten Dank.

Karlsruhe, Langfuhr-Danzig, 14. März 1907.

Die tieftrauernden Kinder:

Emma Schultz geb. Platz.
Ernst Schultz
Rittmeister und Kompagniechef
im Westpreuss. Trainbattillon
Nr. 17.

6. ordentliche Mitgliederversammlung des Militär-Hilfs-Vereins XIV. Armeekorps

findet **Mittwoch den 20. März d. J.**, nachmittags 3 1/2 Uhr, bei ihrer Erzellenz Frau von Bock und Pollock, Bismarckstr. 2, statt.

Der Vorstand.

Karlsruhe — Museumssaal

Samstag den 16. März 1907, abends 8 Uhr

Lieder-Abend

von

Tilly Koenen.

Am Klavier: Domorganist **Josef Schmid** a. München.
Konzertflügel Blüthner aus dem Lager des Herrn Hofflieferanten Schweisgut hier. ©.870

Eintrittskarten: Saal 4, 3, 2 M., Galerie 2.50 und 1.50 in der Hofmusikalienhandlung **Hugo Kuntz**
Kaiserstrasse 114, Telephon 1850 und an der Abendkasse

Mut- u. Mützen-Magazin

Adolf Lindenlaub
Karlsruhe, Kaiserstrasse 191.

Grösste Auswahl. Billigste Preise.

Telephon 1846. In- u. ausländische Fabrikate. Telephon 1846.



Löflund's Malz-Extract

Beste Diät bei Husten u. Catarrh.

In Apotheken und Drogerien, ebenso das „ächte Löflund's“

Malz-Suppen-Extract u. die Malz-Leberthran-Emulsion für atrophische, bezw. scrophulöse Kinder.

In der am 21. Februar d. J. stattgehabten Generalversammlung unserer Gesellschaft ist der Beschluß gefaßt worden, das Stammkapital der Gesellschaft von M. 1 000 000.— um M. 650 000.— auf M. 1 650 000.— herabzusetzen.

Gemäß § 58 des Gesetzes vom 20. April 1892, betreffend die Gesellschaften mit beschränkter Haftung, werden unsere Gläubiger zur Anmeldung bei uns hiermit aufgefordert.

Drahtwerke, G. m. b. H., Mannheim - Waldhof.

Löflunds Milchzucker

(chem. und hyg. rein) dient als Zusatz zur Kuhmilch für Säuglings-Ernährung nach ärztlicher Vorschrift, wobei die Kinder vortrefflich gedeihen.

©.521.4.4

Die bekannten echten

Löflunds-Bonbons

mit Malzextrakt bereitet sind als wohlschmeckende

Husten-Bonbons

sehr beliebt, namentlich bei Rachen- und Kehlkopf-Katarrh

von Hartung'sche Militär-Vorbildungs-Anstalt Cassel

1866 k. u. k. f. für alle Schul- u. Militärcassen. Gegen 2000 Einjähr., Priman. u. Fähnriche erfolgreich vorgebildet.



Handschuhe Krawatten Schirme

anerkannt vorzügliche Qualitäten empfehlen

LUDWIG OEHL
Nachfolger
KARLSRUHE i. B.
©.800.6.2 Kaiserstr. 112

Öffentliche Zustellung einer Klage. ©.811.2. Nr. 3441. Bretten.

1. Die ledige Dienstmagd **Friedricha Suber** zu Fluorn, 2. deren außereheliches Kind **Gottlob Suber**, geb. am 3. November 1906 zu Fluorn, vertreten durch den Vormund **Jacob Pfau**, Fabrikarbeiter zu Fluorn, — Prozeßbevollmächtigter: Rechtsanwalt **Fischer** in Oberndorf — klagen gegen den ledigen Schlosser **August Fritz**, früher zu Bretten wohnhaft, jetzt mit unbekanntem Aufenthaltsort abwesend, auf Erfüllung der in den §§ 1708 bis 1716 B.G.B. begründeten Verpflichtungen, mit dem Antrage, vorläufig vollstreckbares Urteil dahin zu erlassen, der Beklagte sei unter Kostenfolge schuldig:

1. der Klägerin Ziff. 1 die Summe von 120 M.,

2. dem Kinde von seiner Geburt an bis zur Vollendung des 16. Lebensjahres als Unterhalt eine vierteljährlich vorauszahlbare Geldrente von 45 Mark per Vierteljahr zu bezahlen.

Die Kläger laden den Beklagten zur mündlichen Verhandlung des Rechtsstreits vor das Großh. Amtsgericht zu Bretten am

Freitag den 17. Mai 1907, vormittags 9 Uhr.

Zum Zwecke der öffentlichen Zustellung wird dieser Auszug der Klage bekannt gemacht.

Bretten, den 8. März 1907.
Gerichtsschreiber Gr. Amtsgerichts.
Went.

©.848.2.1. Nr. 6592. Offenburg.

Die Firma **Meißner und Schäfer**, Lad- und Farbenfabrik zu Stuttgart, Klägerin, — Prozeßbevollmächtigter: Rechtsanwalt **Dr. König** in Offenburg — klagt gegen den Gipsermeister **Anton Marent**, zuletzt in Mühlheim wohnhaft, jetzt an unbekanntem Orten abwesend, Beklagten, unter der Behauptung, daß der Beklagte der Klägerin laut Rechnung den Betrag von 95 M. schulde, herrührend aus Warenkauf vom 5. Mai 1906, mit dem Antrage auf Urteil dahin: Der Beklagte sei schuldig, der Klägerin 95 Mark nebst 5 Proz. Zins hieraus seit 6. Mai 1906 zu bezahlen und die Kosten des Rechtsstreits zu tragen, sowie das Urteil für vorläufig vollstreckbar zu erklären.

Der klägerische Vertreter ladet den Beklagten zur mündlichen Verhandlung des Rechtsstreits vor das Gr. Amtsgericht zu Offenburg am

Montag den 13. Mai 1907, vormittags 9 Uhr.

Zum Zwecke der öffentlichen Zustellung wird dieser Auszug der Klage bekannt gemacht.

Offenburg, den 6. März 1907.
G. Veller,
Gerichtsschreiber Gr. Amtsgerichts.

©.844.2.1. Ettenheim.

Anselm Müller, Landwirt, geboren am 22. Dezember 1824 in Kippenheim, hat sich im Jahr 1868 nach Amerika begeben. Seit dem Jahre 1869 sollen keine Nachrichten mehr von ihm eingegangen sein. Sein Sohn **Albert Müller**, Landwirt in Kippenheim, hat beantragt, ihn für tot zu erklären.

Der bezeichnete Verschollene wird aufgefordert, sich spätestens in dem auf

Dienstag den 22. Oktober 1907, vormittags 11 Uhr,

vor dem unterzeichneten Gerichte anberaumten Aufgebotsstermine zu melden, widrigenfalls die Todeserklärung erfolgen wird.

An alle, welche Auskunft über Leben oder Tod des Verschollenen zu erteilen vermögen, ergeht die Aufforderung, spätestens im Aufgebotsstermine dem Gericht Anzeige zu machen.

Ettenheim, den 11. März 1907.
Großh. Amtsgericht.
gez. **Vastian.**

Dies veröffentlicht:
Der Gerichtsschreiber:
Kunz.

Aufgebot. ©.812.2. Nr. 6777. Offenburg.

Die Todeserklärung des verschollenen **Michael Schöttler** von Appenweier, zuletzt wohnhaft daselbst, betreffend.

Der auf 5. August 1907 hieher anberaumte Aufgebotsstermin wird hiermit bekannt gemacht.

Donnerstag den 5. Dezember 1907, vormittags 9 Uhr.

Offenburg, den 7. März 1907.
Gerichtsschreiber Gr. Amtsgerichts 1:
G. Veller.

Freiwillige Gerichtsbarkeit.

Erbenaufrufung. ©.867. Nr. 2060. Nehl. Die Erben der am 18. Juni 1906 zu Stadt Nehl verstorbenen, 81 Jahre alten, ledigen Wägherin **Marie Feilerbach**, gebürtig von Kammerstein (Baden), werden aufgefordert, ihre Erbrechte spätestens bis zum 6. Mai d. J. bei dem unterzeichneten Nachlassgericht anzumelden.

Nehl, den 11. März 1907.
Großh. Notariat Nehl I als Nachlassgericht.
Stäger.

Bermischte Bekanntmachungen.

Versteigerung. **Mittwoch den 20. März d. J., vormittags 10 Uhr,** werden darüber gegen Barzahlung versteigert: ©.872 Eine Partie altes Eisen, (Eisen, Kupfer, Messing), welche, teils neue und gemischte Lumpen, Papierabfälle, altes Schuhwerk, abgängige Bettstellen, Fensterrahmen, vierflügelige Fenster und Abfallholz.

Alenan, den 12. März 1907.
Großh. Direktion
der Heil- und Pflege-Anstalt.

Kohlenlieferung. Die Lieferung unseres Bedarfs an Ruhrer Grubenkohlen I. Sorte mit 50% Stücken in Menge von bedäuflich 12 000 Zentner (600 000 Kilogramm) für die Zeit vom 15. April 1907/08 soll im Angebotsverfahren vergeben werden. Auf dem Geschäftszimmer der Verwaltung (Waisenhausplatz Nr. 11) eingesehen oder auf Wunsch in Abschrift bezogen werden. Ferner liegen die Bedingungen beim Finanzamt Mannheim zur Einsicht offen. Werber um die Lieferung haben in ihrem Angebote die Bedingungen ausdrücklich anzuerkennen.

Angebote sollen bis spätestens **Mittwoch den 3. April 1907, vormittags 11 Uhr,** verschlossen und mit entsprechender Aufschrift versehen, dahier eingereicht werden. ©.818.

Zuschlagsfrist 3 Wochen.
Karlshaus, den 9. März 1907.
Großh. Heil- und Pflegeanstalt.

Aufgebot. ©.849.21. Nr. 3385. Waldkirch.

Richard Sailer Ehefrau, Anna geb. Dreher in Elzach, und Schmiedemeister **Karl Ghäler** daselbst, haben heute, erstere als angeblich künftige gesetzliche Erbin, letzterer als Pfleger der 1. Kater Dreher, geb. am 28. Januar 1813,

2. **Wilhelm Dreher**, geb. am 11. September 1827,

3. **Karl Dreher**, geb. am 20. Februar 1834,

in Elzach, die Todeserklärung derselben beantragt. Die Verschollenen sind vor 40 oder 50 Jahren nach Amerika ausgewandert.

Der Aufgebotsstermin wurde auf

Montag den 7. Oktober 1907, vormittags 10 Uhr,

bestimmt.

Die Verschollenen werden aufgefordert, sich spätestens im Aufgebotsstermin zu melden, widrigenfalls die Todeserklärung ausgesprochen werden wird.

Zugleich ergeht an alle, welche Auskunft über Leben oder Tod der Verschollenen zu erteilen vermögen, die Aufforderung, spätestens im Aufgebotsstermin dem diesseitigen Gerichte Anzeige zu machen.

Waldkirch, den 5. März 1907.
Gerichtsschreiber Gr. Amtsgerichts:
Gähler.

Konkurs.

Schlussstermin. ©.847. Nr. 1891. Mannheim.

In dem Konkursverfahren über das Vermögen des **Bäckereimeisters Martin Spornagel** hier ist zur Abnahme der Schlussrechnung des Verwalters und zur Erhebung von Einwendungen gegen das Schlussverzeichnis der bei der Verteilung zu berücksichtigenden Forderungen Schlussstermin bestimmt auf

Donnerstag den 11. April 1907, vormittags 9 Uhr,

vor dem Amtsgerichte hier selbst, 2. Stad. Zimmer Nr. 111.

Mannheim, den 12. März 1907.
Gerichtsschreiber Gr. Amtsgerichts 2:
Staff.

Bekanntmachung.

Schlussstermin. ©.846. Nr. 2057. St. Blasien.

Das Konkursverfahren über das Vermögen des **Wastwirts Wilhelm Widmaier** in Bordenstombs betreffend.

Zur Abnahme der Schlussrechnung der Erben des verstorbenen Verwalters, Rechtsanwalt **Jellmeth**, und des jetzigen Verwalters, **Bureauverwalter Bös** in Waldsüt, und zur Erhebung von Einwendungen gegen das Schlussverzeichnis wurde Schlussstermin hiermit bestimmt auf den ordentlichen Gerichtstag in Bordenstombs am

Freitag den 12. April 1907, vormittags 11 1/2 Uhr.

St. Blasien, den 12. März 1907.
Gerichtsschreiber Gr. Amtsgerichts:
Lippolt.

Reichs-Eisenbahnen in Elsaß-Lothringen.

Verdingung der Arbeiten zur Herstellung des Bahnkörpers in Vos I und II der **Neubaustraße**

Dammerkirch-Pfetterhausen. (Kreis Müllrich im Oberelsaß). Die Erdbelegungs-, Böschungs-, Straßeneinrichtungs-, Betonierungs-, Maurer- und Steinmetzarbeiten zu oben genannter Bauausführung mit unter anderem etwa ©.842.2.1 380 000 cbm Erdbelegung, 9 000 „ Betonierung, 9 000 „ Bruchsteinmauerwerk, sind im Wege der öffentlichen Verdingung als Ganzes zu vergeben.

Arbeitsunterlagen, Bedingungen und Pläne sind zur Einsichtnahme bei der unterzeichneten Bauabteilung offengelegt. Weitere erteilt auch die erwünschte Auskunft und beabsichtigt die Verdingungsunterlagen, soweit diese zum Verlaufe bestimmt sind, gegen kosten- und bestellgeldfreie Einzahlung von 7,50 M. in bar.

Verdingungen um Uebernahme der Arbeiten müssen auf besonderem, bei der Bauabteilung erhältlichem Vortrude abgefaßt, in verschlossener Umschlag mit der Aufschrift „Angebot auf Bahnbau Dammerkirch-Pfetterhausen“

spätestens bis Montag den 15. April 1907, vormittags 11 Uhr bei der unterzeichneten Bauabteilung in Eingang gebracht sein. Die Öffnung der Angebote erfolgt zu genannter Stunde in Gegenwart der vorstehenden Vertreter.

Verpätet eingehende oder unvollständige Angebote scheiden aus.

Die Zuschlagsfrist beträgt vier Wochen.

Müllhausen i. Els., 12. März 1907.
Kaiserl. Eisenbahnbauabteilung Müllhausen.
Stationsstraße 4bis.

Badisch-Württembergischer Gütertarif.

©.875. Mit Gültigkeit vom 1. Mai 1907 erhöhen sich die Schnittfrachtsätze I u. III der Station Müllhausen a. d. Elber im Ausnahmetarif 5a für Steine des Spezialtarifs III von 37 und 36 auf 38 und 37 Pfennig und die Frachtsätze des Ausnahmetarifs 17 für Petroleum usw. derselben Station von 78 und 91 auf 80 und 94 Pfennig.

Karlsruhe, den 12. März 1907.
Großh. Generaldirektion der Staatseisenbahnen.

Pumpwerk Bahlingen.

Die Gemeinde Bahlingen vergibt die Lieferung und betriebsfertige Aufstellung der gesamten Maschinenanlage für das neu zu errichtende Wasserwerk (Pumpwerk mit elektrischem Betrieb). Angebote sind bis spätestens **Dienstag den 2. April, vormittags 10 Uhr**, an die Kulturinspektion Freiburg einzureichen, woselbst um die angegebene Zeit die Verdingungsbehandlung stattfindet. Das Programm für die Maschinenanlage kann, so lange der Vorrat reicht, von der genannten Behörde unentgeltlich bezogen, Pläne und Lieferungsbedingungen können daselbst während der Geschäftsstunden eingesehen werden.

Zuschlagsfrist 3 Wochen. ©.68.1

Für die Vergebung und Verdingung sind die Bestimmungen der Verordnungen des Ministeriums der Finanzen vom 3. Januar 1907, „Das Verdingungsverfahren betr.“ maßgebend.

Großh. Kulturinspektion Freiburg.

Verkauf von Altmaterial.

Wir haben folgende Altmaterialien öffentlich zu verkaufen:

a. **Betriebsmaterialien:** Seile, Fließ, Leberabfälle, Maschinenteile, Gummi- und Kautschukwaren, Triebel, Glühlampen, Sicherungspatronen, Isolatoren, Gasmesser, Teile von Feigungs- und Beleuchtungseinrichtungen für Gas usw.

b. **Metallwaren:** Kupfer, Messing, Zinn, Blei, Rot- und Gelbzinn, Draht, Stähle, Kompositionsalze, Trödel, Trödelstücke usw.

c. **Oberbaumaterialien und sonstige Eisen- und Stahlwaren:** Schienen, Schwellen, Unterlagsplatten, Radreifen, Bremsklötze, Brückenstücke, Drehhebeln, Wagensignale usw. in 141 Loten mit zusammen rund 8000 Tonnen. ©.869.3.2.1

Angebote sind schriftlich, verschlossen und mit der Aufschrift: „Verkauf von Altmaterial 1907“ versehen, spätestens

Dienstag den 9. April 1907, nachmittags 2 Uhr,

bei uns einzureichen.

Die Lieferungsbedingungen und der Angebotsbogen werden auf portofreie Anfrage, in welcher die gewünschten Gruppen angegeben sein müssen, von uns abgegeben.

Eine Zufassung von Musterstücken findet nicht statt.

Zuschlagsfrist 4 Wochen.

Karlsruhe, den 9. März 1907.
Großh. Verwaltung der Eisenbahnmagazine.

Versteigerung. **Mittwoch den 20. März d. J., vormittags 10 Uhr,** werden darüber gegen Barzahlung versteigert: ©.872 Eine Partie altes Eisen, (Eisen, Kupfer, Messing), welche, teils neue und gemischte Lumpen, Papierabfälle, altes Schuhwerk, abgängige Bettstellen, Fensterrahmen, vierflügelige Fenster und Abfallholz.

Alenan, den 12. März 1907.
Großh. Direktion
der Heil- und Pflege-Anstalt.

Kohlenlieferung. Die Lieferung unseres Bedarfs an Ruhrer Grubenkohlen I. Sorte mit 50% Stücken in Menge von bedäuflich 12 000 Zentner (600 000 Kilogramm) für die Zeit vom 15. April 1907/08 soll im Angebotsverfahren vergeben werden. Auf dem Geschäftszimmer der Verwaltung (Waisenhausplatz Nr. 11) eingesehen oder auf Wunsch in Abschrift bezogen werden. Ferner liegen die Bedingungen beim Finanzamt Mannheim zur Einsicht offen. Werber um die Lieferung haben in ihrem Angebote die Bedingungen ausdrücklich anzuerkennen.

Angebote sollen bis spätestens **Mittwoch den 3. April 1907, vormittags 11 Uhr,** verschlossen und mit entsprechender Aufschrift versehen, dahier eingereicht werden. ©.818.

Zuschlagsfrist 3 Wochen.
Karlshaus, den 9. März 1907.
Großh. Heil- und Pflegeanstalt.

Reichs-Eisenbahnen in Elsaß-Lothringen.

Verdingung der Arbeiten zur Herstellung des Bahnkörpers in Vos I und II der **Neubaustraße**

Dammerkirch-Pfetterhausen. (Kreis Müllrich im Oberelsaß). Die Erdbelegungs-, Böschungs-, Straßeneinrichtungs-, Betonierungs-, Maurer- und Steinmetzarbeiten zu oben genannter Bauausführung mit unter anderem etwa ©.842.2.1 380 000 cbm Erdbelegung, 9 000 „ Betonierung, 9 000 „ Bruchsteinmauerwerk, sind im Wege der öffentlichen Verdingung als Ganzes zu vergeben.

Arbeitsunterlagen, Bedingungen und Pläne sind zur Einsichtnahme bei der unterzeichneten Bauabteilung offengelegt. Weitere erteilt auch die erwünschte Auskunft und beabsichtigt die Verdingungsunterlagen, soweit diese zum Verlaufe bestimmt sind, gegen kosten- und bestellgeldfreie Einzahlung von 7,50 M. in bar.

Verdingungen um Uebernahme der Arbeiten müssen auf besonderem, bei der Bauabteilung erhältlichem Vortrude abgefaßt, in verschlossener Umschlag mit der Aufschrift „Angebot auf Bahnbau Dammerkirch-Pfetterhausen“

spätestens bis Montag den 15. April 1907, vormittags 11 Uhr bei der unterzeichneten Bauabteilung in Eingang gebracht sein. Die Öffnung der Angebote erfolgt zu genannter Stunde in Gegenwart der vorstehenden Vertreter.

Verpätet eingehende oder unvollständige Angebote scheiden aus.

Die Zuschlagsfrist beträgt vier Wochen.

Müllhausen i. Els., 12. März 1907.
Kaiserl. Eisenbahnbauabteilung Müllhausen.
Stationsstraße 4bis.

Badisch-Württembergischer Gütertarif.

©.875. Mit Gültigkeit vom 1. Mai 1907 erhöhen sich die Schnittfrachtsätze I u. III der Station Müllhausen a. d. Elber im Ausnahmetarif 5a für Steine des Spezialtarifs III von 37 und 36 auf 38 und 37 Pfennig und die Frachtsätze des Ausnahmetarifs 17 für Petroleum usw. derselben Station von 78 und 91 auf 80 und 94 Pfennig.

Karlsruhe, den 12. März 1907.
Großh. Generaldirektion der Staatseisenbahnen.

Badisch-Württembergischer Gütertarif.

©.875. Mit Gültigkeit vom 1. Mai 1907 erhöhen sich die Schnittfrachtsätze I u. III der Station Müllhausen a. d. Elber im Ausnahmetarif 5a für Steine des Spezialtarifs III von 37 und 36 auf 38 und 37 Pfennig und die Frachtsätze des Ausnahmetarifs 17 für Petroleum usw. derselben Station von 78 und 91 auf 80 und 94 Pfennig.

Karlsruhe, den 12. März 1907.
Großh. Generaldirektion der Staatseisenbahnen.